HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfram Hoppenstedt

© 2009 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

© des Vortrags by Peter Merseburger

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
allprintmedia GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2009
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-18-0

Peter Merseburger

Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit

Vortrag am 28. Januar 2009 in Lübeck

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 19

INHALT

Willy Brandt – 6
Stationen seines Lebens

Dr. Jürgen Lillteicher 9
Vorwort des Leiters des Willy-Brandt-Hauses Lübeck

Vortrag von Peter Merseburger 12
Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

Am Abend der Bundestagswahl vom 28. September 1969 interviewt NDR-Journalist Peter Merseburger den SPD-Spitzenkandidaten Willy Brandt in der „Bonner Baracke". Noch in derselben Nacht fällt er gemeinsam mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel die Entscheidung zur Bildung der sozial-liberalen Koalition. Am 21. Oktober wird Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

DR. JÜRGEN LILLTEICHER

Vorwort des Leiters des Willy-Brandt-Hauses Lübeck

Das seit Dezember 2007 geöffnete Willy-Brandt-Haus Lübeck bietet nunmehr schon seit einem Jahr eine Gesprächs- und Diskussionsreihe mit prominenten Zeitzeugen, Weggefährten und Vertrauten Willy Brandts. Allen Verantwortlichen ist bewusst: Auf lange Sicht wird das Haus sein Angebot der historisch-politischen Bildung ohne Zeitzeugen der „Ära Brandt" bestreiten müssen. Daher war die Initiative des Vorstandsvorsitzenden, Karsten Brenner, genau richtig, an erster Stelle diesen Personkenkreis einzuladen. Das große öffentliche Interesse an der Veranstaltungsreihe und die stets gefüllten Säle zeigen, dass es in Lübeck ein starkes Bedürfnis gibt, die politische Prominenz von damals oder ihr nahe stehende Persönlichkeiten noch einmal authentisch zu erleben. Die Besucher der Zeitzeugengespräche wollen aus erster Hand etwas über Willy Brandt und seine Zeit erfahren. Und wer könnte besser darüber berichten als diejenigen, die unmittelbar dabei waren?

Natürlich kann der Vortrag eines Zeitzeugen und das Gespräch mit ihm – will man die Ereignisse von damals ganz genau hinterfragen – die Lektüre wissenschaftlicher bzw. historisch-kritischer Betrachtungen nicht ersetzen. Die Sichtweise des Zeitzeugen beruht auf persönlichen und damit *subjektiven* Wahrnehmungen und Erinnerungen. Andererseits können ein *wirkliches* Gespür für die zurückliegende Zeit und die damit verbundenen Entwicklungen nur diejenigen vermitteln, die als Beobachter *hautnah* dabei waren. Beides zusammen bildet eine wunderbare Ergänzung. Und deshalb veröffentlicht die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung die Zeitzeugenberichte in ihrer Schriftenreihe, um sie einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen.

Der Besuch der Zeitzeugen im Willy-Brandt-Haus Lübeck in Zusammenhang mit der Veranstaltung ist für sich genommen schon ein besonderes Ereignis. Und es mag nicht verwundern, wenn unsere Gäste dann beim gemeinsamen Gang durch die ständige Ausstellung ihrerseits neue Aspekte im Leben Willy Brandts entdecken. Es erfolgt zumeist ein reger Austausch vor den Ausstellungsvitrinen und Monitoren. Die Berichte und Anekdoten, die uns die Zeitzeugen liefern, bilden nicht zuletzt für unsere alltägliche Arbeit einen reichhaltigen Schatz.

Nach Brigitte Seebacher, den Brüdern Bernhard und Hans-Jochen Vogel

und Egon Bahr war Peter Merseburger in Lübeck zu Gast.

Geboren 1928 in Zeitz, Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Halle und Marburg, Korrespondent und Redakteur beim *Spiegel*, langjähriger Leiter und Moderator des Fernsehmagazins *Panorama*, Studioleiter der ARD in Washington, Ost-Berlin und London. Peter Merseburger hat im Zuge seiner fulminanten Karriere als Journalist die politisch-historische Entwicklung beider deutscher Staaten hautnah miterlebt. Den Einigungsprozess 1989/90 konnte er aus London mit kritischer Distanz verfolgen.

Im Ruhestand hat sich Peter Merseburger dazu noch als Autor einen Namen gemacht – genauer: als Biograph. Im Jahre 2002 erschien seine umfassende Biographie über Willy Brandt, und erst kürzlich folgte seine Biographie Rudolf Augsteins, für die er vom Netzwerk Recherche den Preis „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen" erhalten hat.

Seiner Brandt-Biographie gab Peter Merseburger den trefflichen Titel: *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist.* Willy Brandt war einerseits empfindsamer Gefühlsmensch mit Gespür für die Zeitströmungen und gesellschaftlichen Prozesse und andererseits machtbewusster Realpolitiker.

Peter Merseburger war und ist nicht der einzige Brandt-Biograph geblieben, doch sein Buch fand ein unübertroffenes Echo und ist bis heute das Standardwerk. Volker Ullrich etwa resümierte in der *Zeit* vom 29. August 2002: „Merseburger übertrifft all seine Vorgänger bei weitem." Für den Rezensenten vereint Merseburgers Biographie die Vorzüge des Journalisten und des Historikers: glänzend geschrieben und zugleich sorgfältig recherchiert.

Auf einer Expertenkonferenz hat einmal der bekannte israelische Historiker Yehuda Bauer über das Werk eines Kollegen gesagt: „Diese Studie ist so gewichtig – wenn Sie die vom Balkon werfen und jemanden damit treffen, ist dessen Leben wirklich gefährdet!" Wahrlich, Peter Merseburgers Lebens- und Wirkungsgeschichte Brandts *ist* gewichtig und dies in zweierlei Hinsicht: Der Autor verbindet *lexikalische Dichte*, die eine Beschreibung eines so reichhaltigen Lebens erfordert und die zu einem beträchtlichen Umfang einer solchen Studie führen muss, mit *analytischer Schärfe,* die eine ungeheure Fülle an historischen Quellen meisterhaft bändigt. Eines der größten Verdienste – folgt man zahlreichen Rezensenten der Biographie weiter – liegt darin, Willy Brandts Werden und Wirken auch mit dessen früher Entwicklung und Prägung in Lübeck sowie im skandinavischen Exil erklärt zu haben.

Peter Merseburger hebt in seinem Buch aus guten Gründen hervor, dass

Willy Brandt sich den Leitspruch am Lübecker Holstentor:
Concordia Domis. Foris Pax.
„Eintracht im Innern, Friede nach außen"
zur Richtschnur seines politischen Handelns gemacht hat. Wie authentisch wirkt da Brandts erste Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in der er seine Landleute dazu aufrief: „Lasst uns ein Volk der guten Nachbarn sein, im Innern wie nach Außen."

Im Jahr 2009 feiern wir in der Bundesrepublik Deutschland u. a. den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Passend zu diesem Thema hat Peter Merseburger im Lübecker Hoghehus über Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit refereriert. Welch überragenden Beitrag die neue Ost- und Deutschlandpolitik zur Bewahrung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Nation geleistet hat, ohne das, wie der Friedenspolitiker später selbst einmal sagte, die „Politik der Einheit keinen Boden gehabt hätte", und welchen Beitrag das insbesondere durch die Brandtsche Ostpolitik geschaffene Vertrauen für den Einigungsprozess zwischen Ost und West leistete, kann der Leser dieses Heftes der Schriftenreihe auf den folgenden Seiten nachvollziehen.

WILLY BRANDTS OSTPOLITIK UND DIE DEUTSCHEN EINHEIT

VORTRAG VON PETER MERSEBURGER

Vielen gilt Willy Brandt vor allem als Politiker der Entspannung, als „Friedenspolitiker“. Darüber gerät oft in Vergessenheit, wie sehr seine Ostpolitik ursprünglich *national* motiviert gewesen ist. Zwar war er es, der die Existenz der DDR anerkannte, aber an eine dauernde Zweistaatlichkeit für die deutsche Nation hat er nie gedacht, sondern stets am Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung festgehalten. Auch die Ostverträge, die Willy Brandt Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts geschlossen hat, hielten stets die Option für die nationale Einheit offen.

Sicher, nach Jahrzehnten der Teilung hatte man sich daran gewöhnt, dass die Deutschen in zwei Staaten lebten; und es gab gar nicht so wenige, die darin überhaupt nichts Abnormes sahen, sondern eher eine Rückkehr zur deutschen Normalität. Der deutsche Nationalstaat war – verglichen mit den großen Demokratien des Westens – England, Frankreich, den USA – eine Spätgeburt, und eine kurzlebige dazu. Im Gefolge des deutsch-französischen Krieges 1871 von Otto von Bismarck[1] geschaffen, war der deutsche Nationalstaat im Jahre 1945 gerade einmal 74 Jahre alt, als er schon wieder auseinanderbrach. Und so redeten uns – vielleicht erinnern Sie sich – einige deutsche Historiker in den achtziger Jahren ein: *Der einige deutsche Nationalsaat ist die Ausnahme, die historische Regel dagegen eine Vielzahl deutscher Staaten.* Der nationale Einheitsstaat stellte nach Meinung dieser Experten nur eine kurze Episode in der tausendjährigen deutschen Geschichte dar. Allein wegen ihrer Zahl, ihrer Macht und ihrer Lage in der Mitte Europas bleibe den Deutschen eine nationalstaatliche Existenz für immer versagt, wie sie für Franzosen, Briten oder Spanier selbstverständlich sei. Andere – etwa Günter Grass – sagten, die deutsche Teilung sei uns Deutschen als *Sühne der Geschichte* auferlegt, wir hätten den Anspruch auf einen einheitlichen Nationalstaat für immer durch Auschwitz verspielt.

Was diese Historiker sagten, entsprach dem damaligen *Zeitgeist*, der bei den Jüngeren in der Bundesrepublik vorherrschend war. Das galt vor allem auch für viele jüngere Vertreter der Sozialdemokratie. Wer erinnert sich nicht jener Worte von Linda Reisch (geb. 1950), der früheren Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main, die einmal sagte: *Mit Leipzig verbindet mich nichts, mit der Toskana dagegen viel.* Ihre Generation genoss die Früchte der Öffnung der Bundesrepublik Deutschland nach Westen, der Einbindung in das atlantische Bündnis und der europäischen Integration. Viele Angehörige dieser Generation meinten, mit dieser Einbindung Westdeutschlands in Europa für immer der Misere der deutschen Geschichte entronnen zu sein. Sie träumten von einem föderalen Europa, von einer europäischen Regierung in einem „Europa der Regionen“, das die Nationalstaaten überflüssig machen würde. Man gab sich postnational und glaubte sich den Franzosen oder Briten, die sich in ihren nationalstaatlichen Gehäusen durchaus wohl fühlten und sie nicht aufgeben wollten, unerhört voraus, ja sogar überlegen.

Es waren allerdings bei weitem nicht nur Linke, die damals so dachten. Ein Mann wie Heiner Geißler[2] riet der CDU auf ihrem Bremer Parteitag 1989, die Präambel des Grundgesetzes zu streichen, die postulierte, das gesamte deutsche Volk bleibe aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Aber als dann die DDR – nach den treffenden Worten von Stefan Heym[3] – zu einer *Fußnote der Geschichte* wurde, fand sich die „Linda Reisch-Generation“ in einem Nationalstaat wieder, den sie nie gewollt und für historisch überholt geglaubt hatte. Wie schwer sich diese Generation mit einem vereinten Deutschland tat, dafür steht auch der Bremer Parteitag der SPD von 1991: Mit einer Stimme Mehrheit entschieden sich die Delegierten für den Regierungs- und Parlamentssitz Bonn – und das ausgerechnet in jener Partei, die mit Kurt Schumacher[4], seinem Nachfolger Erich Ollenhauer[5] sowie mit Regierenden

---

1 Bismarck, Otto von (1818-1895), 1862-1890 preußischer Ministerpräsident, 1871-1890 Reichskanzler.

2 Heiner Geißler (geb. 1930), 1967-1977 rheinland-pfälzischer Minister für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport, 1977-1989 CDU-Generalsekretär, 1982-1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1989-1994 Mitglied des CDU-Präsidiums.

3 Stefan Heym (1913-2001), Sozialist und Publizist, 1935 Emigration in die USA, 1952 Remigration in die DDR, Kritiker des SED-Regimes und Unterstützer der DDR-Bürgerrechtsbewegung, 1994-1995 MdB (parteilos).

4 Kurt Schumacher (1895-1952), 1930-1933 MdR (SPD), 1933-1943 Haft in verschiedenen Zuchthäusern und KZs, 1944 nochmalige KZ-Haft, 1945 politischer Beauftragter der SPD in den drei Westzonen, 1946-1952 Vorsitzender der SPD, 1949-1952 MdB und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Bürgermeistern wie Ernst Reuter[6] und Willy Brandt stets für die deutsche Einheit gekämpft hatten!

Wenn ich eingangs gesagt habe, die neue Ostpolitik war durchaus *national* konzipiert, dann heißt das: Auch die, die sie erdachten, fühlten sich der Präambel des Grundgesetzes durchaus verpflichtet. Doch wenn ich von konzipiert spreche, dann klingt das so, als habe es von Anfang an ein klares Konzept gegeben. Das anzunehmen, käme nicht nur einer großen Übertreibung gleich, es wäre schlicht falsch.

Was wir Ostpolitik nennen und was in den Jahren 1970 bis 1974 in den Verträgen mit Moskau, Warschau und dem Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin Gestalt gewann, ist *nach und nach gewachsen.* Es begann peu à peu in langen Diskussionen zwischen Willy Brandt und seinen engsten Mitarbeitern im Schöneberger Rathaus, die teils tief in die Nacht dauerten – und ein paar Gläser Rotwein wurden dabei zumeist geleert. Zu diesen Mitarbeitern zählte damals nicht nur Egon Bahr[7]. Dabei waren auch Klaus Schütz[8] und vor allem Pastor Heinrich Albertz[9], damals Chef der Senatskanzlei und Brandts Nachfolger als Regierender Bürgermeister. Am Anfang dessen, was wir später neue

5 Erich Ollenhauer (1901-1963), 1933-1946 Exil und Mitglied des SPD-Vorstands, 1946-1952 stellv. Vorsitzender der SPD, 1946-1963 Mitglied des SPD-Parteivorstands (bis 1958 besoldetes Mitglied), 1948-1949 MdPR (SPD), 1949-1963 MdB (SPD), 1949-1963 Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, 1952-1963 Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1958-1963 Mitglied des SPD-Präsidiums, 1963 Präsident der Sozialistischen Internationale.

6 Ernst Reuter (1889-1953), 1931-1933 Oberbürgermeister von Magdeburg (SPD), 1932-1933 MdR (SPD), 1935-1945 Exil in der Türkei, 1948-1950 Oberbürgermeister von Berlin (SPD), 1948-1953 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1950-1953 Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD), 1951-1953 Präsident des Deutschen Städtetages.

7 Egon Bahr (geb. 1922), 1945-1950 Journalist für verschiedene Presseorgane, 1950-1960 RIAS Berlin, 1953-1954 dessen Chefredakteur, zuletzt Kommentator in Bonn, 1956 Beitritt zur SPD, 1960-1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, 1966-1967 Sonderbotschafter im Auswärtigen Amt, 1967-1969 Leiter dessen Planungsstabs, 1969-1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, zusätzlich Bundesbevollmächtigter für Berlin, 1972-1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1972-1990 MdB (SPD).

8 Klaus Schütz (geb. 1926), 1954-1957 und 1963-1977 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD), 1957-1962 MdB (SPD), 1961-1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für das Post- undFernmeldewesen Berlin, 1966-1967 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1967-1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1968-1977 SPD-Landesvorsitzender Berlin.

Ostpolitik nennen sollten, stand eine tiefe Enttäuschung. Und – Geschichte verläuft eben manchmal paradox – zu den wichtigsten Geburtshelfern dieser Politik zählte ausgerechnet der Mann, der viel zu dieser Enttäuschung beigetragen hatte: Der amerikanische Präsident John F. Kennedy, der allen Berlin-Krisen und der Kubakrise zum Trotz Ausgleich und Entspannung mit den Sowjets suchte.

Um das alles richtig zu verstehen, ist ein Blick auf die ersten Berliner Jahre Willy Brandts vonnöten. Man hat den Willy Brandt der fünfziger und frühen sechziger Jahre oft einen Kalten Krieger genannt – und das hatte seine Berechtigung, auch wenn das viele heute nicht mehr wahrhaben wollen. Der Begriff Kalter Krieger ist heute durchweg negativ besetzt. Stellt man ihn allerdings in den Kontext seiner Zeit, handelt es sich beinahe um einen Ehrentitel.

Um was ging es denn damals Ernst Reuter und seinen Mitarbeitern? Es galt, den Griff Josef Stalins, aber auch den seiner Nachfolger auf ganz Berlin abzuwehren und West-Berlins Freiheit zu sichern. Man wird den Willy Brandt jener Jahre nicht ohne die große geistige Auseinandersetzung verstehen, die damals in Berlin zwischen Ost und West geführt wurde. Nicht ohne den „Kongress für Kulturelle Freiheit“ beispielsweise, bei dem er sich wie Ernst Reuter engagierte, nicht ohne den *Monat* etwa, jene 1948 von Melvin Lasky[10] gegründete Zeitschrift, die zur kulturpolitischen Speerspitze des Westens im Kalten Krieg wurde und die Brandt wie anderen Linken die intellektuelle Munition für ihren Freiheitskampf lieferte. Dass Autoren wie Arthur Koestler[11] oder Franz Borkenau[12] intime Kenner des Kommunismus waren, die mit ihm gebrochen hatten, dass ehemalige Rotspanien-Kämpfer wie der POUM-Brigadist[13]

9 Heinrich Albertz (1915-1993), 1947-1955 MdL Niedersachsen, 1948-1951 Flüchtlingsminister in Niedersachsen, 1951-1955 Sozialminister in Niedersachsen, 1959 Bevollmächtigter des SPD-Parteivorstands in Berlin und Chef der Berliner Senatskanzlei, 1961-1963 und 1965-1966 Innensenator Berlin, 1966-1967 Regierender Bürgermeister von Berlin.

10 Melvin Lasky (1920-2004), US-amerikanischer Publizist, forderte 1950 bei einem Auftritt auf dem Kongress für kulturelle Freiheit im Titania-Palast in Berlin „freie Wahlen und die Verwirklichung der Menschenrechte in Osteuropa“. Melvin Lasky war oft ein gern gesehener Gast in Werner Höfers *Internationalem Frühschoppen.*

11 Arthur Koestler (1905-1983), österreichischer Schriftsteller ungarischer Herkunft, Mitglied der KPD, 1932/33 Aufenthalt in der Sowjetunion, 1937 Berichterstatter im Spanischen Bürgerkrieg, 1940 Bruch mit dem Kommunismus.

George Orwell (der später den Roman „1984“ schrieb), dass Bertrand Russell[14] oder Sidney Hook[15], Leitfiguren der antikommunistischen Linken in Amerika, dort schrieben, war für emotional bestimmte, praktisch orientierte einstige Linkssozialisten wie Brandt von besonderem Gewicht.

Im Grunde ging es in der damaligen Auseinandersetzung zwischen Ost und West um das, was Kurt Schumacher einmal treffend als die „Freiheit des Erkennens“ bezeichnet hat: Um ein Denken *frei* von ideologischen Schablonen, *frei* von den Zensoren eines Politbüros. Es ging um geschichtliche Aufarbeitung *frei* von den taktisch bedingten Klitterungen einer allmächtigen kommunistischen Partei. Der Kongress für Kulturelle Freiheit kämpfte gegen die Versklavung des Geistes in den totalitären Staaten, er engagiert sich gegen jede Zensur, gegen jede Unterdrückung, gegen Diktatur und Terror. Später einmal sollte Günter Grass dem Kongress wie dem *Monat* und dessen Gründer Melvin Lasky vorwerfen, sie seien von der CIA finanziert worden. Aber das ändert wenig an der überragenden Bedeutung des *Monats* und schon gar nichts an der Bedeutung des Kongresses. Ich halte es hier mit Klaus Harpprecht, dem letzten Chefredakteur dieses Blattes, ehe es sein Erscheinen einstellte. Niemals, so Harpprecht, der von Anfang 1973 bis zum Rücktritt Brandts als Bundeskanzler dessen Redenschreiber war, habe die CIA, die sich anderswo in der Welt die schrecklichsten Idiotien geleistet habe, ihr Geld für einen besseren Zweck ausgegeben. Von einer Einflussnahme habe er jedenfalls nichts gespürt.

12 Franz Borkenau (1900-1957), in Österreich, Deutschland und den USA wirkender Geschichtsphilosoph, Kulturhistoriker und Soziologe. 1921 Eintritt in die KPD, Mitarbeit in der Komintern, 1929 Ausschluss aus der KPD, 1947 Professor an der Universität Marburg. Als Publizist scharfer Kritiker des Kommunismus.

13 Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM, Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit). Revolutionäre marxistische Partei in der Zweiten Republik Spaniens. Im Spanischen Bürgerkrieg kämpften in den POUM-Milizen u.a. Mitglieder trotzkistischer, linkssozialistischer und oppositioneller kommunistischer Gruppen wie der deutschen SAP.

14 Bertrand Russell (1872-1970), britischer Philosoph, Mathematiker und Logiker. Als weltweit bekannter Aktivist für Frieden und Abrüstung war Russell eine Leitfigur des Pazifismus, auch wenn er selbst kein strikter Pazifist war. 1950 Nobelpreis für Literatur.

15 Sidney Hook (1902-1989), Intellektueller und Philosoph, Vertreter des Pragmatismus. 1932 Unterstützer der kommunistischen Partei der USA, 1933 Bruch mit dem Kommunismus und Wandel zum demokratischen Sozialisten. Mitbegründer des Kongresses für kulturelle Freiheit.

Die Freiheit in Berlin zu verteidigen – das war die große Aufgabe in Zeiten der Blockade 1948/49, aber auch die des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, nachdem Nikita Chruschtschow[16] im Herbst 1958 ultimativ den Abzug der westlichen Besatzungsmächte innerhalb der nächsten sechs Monate gefordert hatte, um West-Berlin in eine freie, entmilitarisierte Stadt umzuwandeln. Diese freie, entmilitarisierte Stadt, von westlichen Truppen geräumt, aber weiter von sowjetischen Divisionen umgeben – wäre das nicht eine *vogelfreie Stadt* geworden, wie Brandt sie polemisch nannte? Das Chruschtschow-Ultimatum rückte Brandt nahezu automatisch in die Rolle des Sprechers für ganz Berlin, machte ihn zum Symbol des Abwehrwillens und Freiheitskampfes der Stadt, den er seit der Blockade von 1948/49 nun zum zweiten Mal führen musste. Die bange Frage lautete damals, ob nicht ein neuer Weltkrieg zum Greifen nahe war. Im Zeichen dieser neuen – und wegen der atomaren Waffen auf beiden Seiten ungleich ernsteren – Berlin-Krise erhielt Brandt eine nationale Statur. In West-Berlin hatten noch immer die Alliierten die oberste Gewalt, weshalb der Chef im Rathaus Schöneberg gelegentlich direkt mit dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle, mit dem britischen Premierminister, dem amerikanischen Außenminister oder gar Präsidenten verhandeln konnte. So wurde Willy Brandt in dieser dramatischen Zeit zu einer Art „Nebenaußenminister“ der Bundesrepublik Deutschland.

Die zweite große Berlinkrise wurde schließlich vom Kreml-Chef selbst beigelegt – und zwar durch den Bau der Mauer ab dem 13. August 1961. Dieses Ereignis wurde zu Brandts großer Bewährungsprobe – er musste seinen West-Berlinern Mut predigen und sie gleichzeitig vom Sturm auf die Mauer abhalten, der nur in einem Blutbad enden konnte. Der Mauerbau wurde für Willy Brandt aber auch zur Geburtsstunde seiner neuen Ostpolitik. Dass der Osten wegen der ständig steigenden Flüchtlingszahlen (im Juli 1961 waren mehr als 30.000 Menschen aus der DDR nach West-Berlin geflohen, am 9. August wurden 1.900, am 12. August schon 2.400 Flüchtlinge pro Tag gezählt) etwas unternehmen musste, war damals jedermann klar. Nur wusste niemand, was genau geschehen würde. Viele glaubten, die Absperrung würde rund um das

16 Nikita Chruschtschow (1894-1971), sowjetischer Politiker, 1939-1964 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1953-1964 Erster Sekretär der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident der SU, 1964 aller Ämter enthoben.

ganze Berlin entstehen, und der Osten werde den Viermächtestatus der Stadt respektieren.

Als dann aber in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 Einheiten der Nationalen Volksarmee und Betriebskampfgruppen der DDR an der Sektorengrenze aufmarschierten und erste Stacheldrahtverhaue verlegten, um den Ostsektor der Stadt von West-Berlin abzuriegeln, unternahmen die westlichen Alliierten nichts. Die West-Berliner, aber auch Brandt und seine Mannschaft, hatten gehofft, amerikanische Panzer würden die Sperren einfach niederrollen und so die Grenzen innerhalb der Viermächtestadt offen halten. Aber die Panzer blieben in den Kasernen. Es dauerte zwanzig Stunden, bis die ersten westlichen Militärstreifen an der Grenze zum Ostsektor erschienen. Die West-Berliner, kochend vor Empörung, fühlten sich verraten. Und ein Mann wie Willy Brandt musste fassungslos erkennen, dass sein Vertrauen auf das Viermächtestatut der Stadt keine reale Basis gehabt hatte. Berlin erwarte mehr als Worte, Berlin erwarte politische Aktion, schrieb er in seiner Verzweiflung an Präsident Kennedy. Der schickte dann zwar seinen Vizepräsidenten, und eine amerikanische Kampfgruppe von 1.500 Mann rollte, bis an die Zähne bewaffnet, über die Autobahn an die Spree, um die West-Berliner Garnison zu verstärken. Sie wurde von den Berlinern bei ihrem Eintreffen in Dreilinden mit Jubel begrüßt. Doch mehr als eine Public-Relations-Aktion, mehr als eine Demonstration des guten Willens, mehr als eine psychologische Unterstützung für die Moral der Berliner, war das nicht und konnte es nicht sein. Kennedy schätzte den Mauerbau völlig anders ein als Willy Brandt. In seiner Antwort auf das Schreiben des Regierenden Bürgermeisters beurteilte der amerikanische Präsident den Bau der Mauer nicht etwa als Zeichen westlichen Nachgebens und östlicher Stärke, sondern betrachtete diesen Schritt des Ostens als ein Bekenntnis des Scheiterns und der politischen Schwäche: Wer seinen Sektor mit einer Mauer abriegele, habe schwerlich die Absicht, die Westmächte mit Gewalt zu vertreiben und West-Berlin zu erobern. Brandt deutet 1989 in seinen Erinnerungen an, dass es dieser Antwortbrief Kennedys war, „der den Vorhang wegzog und eine leere Bühne zeigte“. Ungeschminkt gibt er seine Enttäuschung darüber zu, dass der Westen sich als unfähig erwiesen habe, Europa dieses *Monstrum,* eben diese *Mauer der Schande,* zu ersparen.

Aus symbolischen Gründen schickte Präsident Kennedy den „Helden der Luftbrücke“, General Lucius D. Clay, als seinen Sonderbeauftragten nach Berlin. Clay befürwortete zwar nicht direkt eine Anerkennung der Machthaber in Ost-Berlin, er sprach sich jedoch für eine Vielzahl von Kontakten zwischen den beiden Teilen der Stadt aus, um das Gefühl der Zusammengehörigkeit wachzuhalten. Diese Aufgabe könnten die Amerikaner den Deutschen allerdings nicht abnehmen, sie müssten sich schon selber darum kümmern, meinte Clay. Und als Kennedy dann schließlich im Juni 1963 selbst nach Berlin kam, sprach er nicht nur seinen berühmten Satz „Ich bin ein Berliner“ auf der Tribüne vor dem Schöneberger Rathaus. Er hielt auch eine Rede vor den Studenten der Freien Universität und sagte: „Es ist wichtig, dass für die Menschen in den stillen Straßen östlich von uns die Verbindung mit der westlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird – mittels aller Berührungspunkte und Verbindungsmöglichkeiten, die es gibt.“ Das kleine Team um Willy Brandt im Schöneberger Rathaus sah sich durch solche Äußerungen aus dem Munde des Führers der westlichen Welt legitimiert, seine „Politik der kleinen Schritte“ zu entwickeln und auszubauen.

Überhaupt: Was Willy Brandt, zum großen Teil gegen die offizielle Bonner Politik der Nichtanerkennung der DDR, von nun an in Berlin an kleinen Schritten gegenüber den Machthabern im Osten unternahm, bettete er geschickt in Kennedys Strategie der Entspannung und des Friedens ein. Weil ihn die Sorge vor einem atomaren Krieg umtrieb, war der junge US-Präsident seit der Kubakrise vom Herbst 1962 um Entspannung bemüht und schloss mit den Sowjets ein Abkommen über die Einstellung von Atomversuchen. Es wurde auch eine direkte Telefonleitung zwischen Washington und Moskau eingerichtet, der sogenannte Heiße Draht. Kennedys Haltung in der Berlinfrage nach dem Bau der Mauer lief auf die Anerkennung des Status quo hinaus – bei fester Entschlossenheit allerdings, in West-Berlin zu bleiben und notfalls für dieses Recht auch den Krieg zu riskieren. Ein Mann wie Egon Bahr fragte sich deshalb: Wenn Amerika sich die Anerkennung des Status quo zur Grundlage seiner Politik macht, *sollten sich dann ausgerechnet die Deutschen dagegen wehren?* Das neue strategische Konzept, das nach langen Beratungen im Schöneberger Rathaus entwickelt wurde, ging denn auch von der Anerkennung dieses Status quo aus, so schmerzhaft sie auch sein mochte. Willy Brandt und seine Mitstreiter setzen sich jedoch zugleich das Ziel, diesen Status quo durch seine Anerkennung zu verändern.

Der Berliner Mauerbau von 1961 wurde also zum Wendepunkt im deutschlandpolitischen Denken Willy Brandts. Wenn man die Mauer nicht *wegschreien, wegfluchen* oder *wegdemonstrieren* konnte – was blieb dann einem West-Ber-

liner Regierenden Bürgermeister anderes übrig als der Versuch, Löcher in sie zu bohren, um sie schließlich durchlässig und transparent zu machen? Dass Politik den Menschen *nützen* muss, war eine Grundüberzeugung Willy Brandts, der er auch als Kanzler treublieb.

Und so wurde der erste kleine Schritt, mit dem die neue Ostpolitik begann, mit dem Ziel getan, dass die Berliner trotz der Mauer wieder zueinander kommen konnten – auf strikt limitierte Zeit, und nur an Festtagen zunächst. Das erste Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 ermöglichte zweieinhalb Jahre nach dem Bau der Mauer West-Berlinern erstmals, wieder ihre Verwandten im Ostsektor zu besuchen. Der Weg dahin war lang und steinig. Alle Versuche, mit der anderen Seite über Passierscheine durch das Rote Kreuz oder die Alliierten oder über die seinerzeit noch nicht gespaltene Evangelische Kirche in Deutschland zu verhandeln, um an der Doktrin der Nichtanerkennung der SED-Obrigkeit festzuhalten, scheiterten – die Gegenseite beharrte auf direkten Verhandlungen zwischen dem West-Berliner Senat und einem Beauftragten der DDR-Regierung. Ost-Berlin wollte nämlich die Verhandlungen über den kleinen Grenzverkehr dazu nutzen, die eigene Anerkennung, aber auch die West-Berlins als ein „eigenständiges politisches Gebilde“ – gleichsam als „dritten deutschen Staat“ – zu erreichen. Im historischen Rückblick müssen die Form- und Formelfragen, die taktischen Winkelzüge, um die es bei dem Passierscheinabkommen ging, unverständlich, wenn nicht gar lächerlich erscheinen. Aber Bonn hielt damals stur an der Nichtanerkennung der DDR und an dem Anspruch fest, allein für alle Deutschen zu sprechen, was wiederum die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks nicht akzeptieren wollten. Darauf musste die West-Berliner Regierung Rücksicht nehmen.

Dem *Braintrust* im Rathaus Schöneberg um Willy Brandt gelang es, diese juristische Blockade zu durchbrechen. Ein West-Berliner Senatsrat verhandelte schließlich mit einem Ost-Berliner Staatssekretär. Am Ende durften die West-Berliner Anträge zum Besuch ihrer Verwandten stellen – Ost-Berliner Postbeamte nahmen sie in Turnhallen auf West-Berliner Boden entgegen. Das Protokoll, in dem das Ergebnis der Verhandlungen veröffentlicht wurde, ist ein Meisterstück in der Kunst, nicht auszusprechen, was ist, weil es offiziell nicht existieren darf. Strittige Fragen wurden mit der sogenannten salvatorischen Klausel ausgeklammert, die besagte: *Eine Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen konnte nicht erzielt werden*. Die Unterschrift unter dem Abkommen leistete der westliche Senatsrat „auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters gegeben wurde“. Diese salvatorische Klausel war, wie Egon Bahr später einmal sagte, die *erlösende Formel* – erdacht von einem evangelischen Pastor: Heinrich Albertz, dem damaligen Chef der Berliner Senatskanzlei. Die Regierung in Bonn stimmte zwar murrend zu, aber Kanzler Erhard[17] machte nach den Weihnachtsfeiertagen im Bundestag klar, dass er das Passierscheinabkommen als „Trojanisches Pferd“ betrachtete, mit dem die „östliche Dreistaaten-Theorie“ eingeschmuggelt werden sollte. Ohne Verbesserungen sei ein neues Abkommen für ihn schlicht inakzeptabel.

Es waren diese Erfahrungen mit dem doktrinären Festhalten Bonns an der sogenannten Hallsteindoktrin[18], es waren, wenn man so will, derlei ridikülе „Nichtanerkennungs-Verrenkungen“, die Willy Brandt und Egon Bahr schließlich dazu ermunterten, mit der Formel vom „Wandel durch Annäherung“ eine Art *politische Flucht nach vorn* zu unternehmen. Wandel durch Annäherung hieß das Motto, das seit Bahrs und Brandts Reden vor der Evangelischen Akademie in Tutzing die ersten ostpolitischen Schritte in der geteilten Stadt begleitete. Dahinter steckte die Summe aller Erfahrungen, die Brandt und Bahr im Umgang mit den kommunistischen Machthabern bisher gemacht hatten. Das Konzept des Wandels durch Annäherung ging von der Erkenntnis aus, dass die bisherige Deutschlandpolitik des *Alles oder Nichts* gescheitert war. Die bisherige Wiedervereinigungs-Politik hieß ja: Zur deutschen Einheit führen freie Wahlen oder sonst gar nichts, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Bonner Nein.

---

17 Ludwig Erhard (1897-1977), 1949-1963 Bundesminister der Wirtschaft, 1949-1977 MdB (CDU), 1963-1966 Bundeskanzler, 1966-1967 Bundesvorsitzender der CDU, 1967-1977 Ehrenvorsitzender der CDU.

18 Die Hallstein-Doktrin war eine nach Walter Hallstein (CDU), Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1951 bis 1958, benannte Doktrin, die bis in die 1960er Jahre die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der ersten Phase des Kalten Krieges prägte. Ihr zufolge wurde die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen durch dritte Staaten mit der DDR von der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihres Alleinvertretungsanspruchs für das gesamte deutsche Volk als unfreundlicher Akt betrachtet und in der Regel mit dem Abbruch beziehungsweise der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen beantwortet. Eine Ausnahme bildeten von Anfang an die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. In den sechziger Jahren wurde die Hallstein-Doktrin zunehmend als außenpolitischer Hemmschuh empfunden. Sie wurde von der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt endgültig aufgegeben.

Wandel durch Annäherung war eine neue Art von Wiedervereinigungspolitik. Wiedervereinigung – verstanden nicht als einmaliger Akt, sondern als *Prozess mit vielen Schritten und Stationen,* bei dem auch die Interessen der anderen Seite berücksichtigt werden mussten. Es gab, wie Brandt 1963 in seiner Tutzinger Rede ausführte, keine andere Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung als den nicht erlahmenden Versuch, die Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen. Aber eine Auflockerung der Grenzen und der Mauer sei nur denkbar, wenn dem östlichen Regime zuvor existenzielle Sorgen abgenommen würden. Brandt setzte, ebenfalls in Tutzing, ganz auf *Transformation,* wie er das selbst nannte – eine Hebung des Lebensstandards in der *Zone,* wie die DDR damals sowohl bei Brandt wie auch Bahr noch hieß, und zwar durch den Ausbau der Handelsbeziehungen. Egon Bahr versprach sich von materiellen Verbesserungen für die Bevölkerung eine „entspannende Wirkung" in der Zone, eine langsame Milderung des Terrorsystems in zunächst homöopathischen Dosen bis hin zu einer schrittweisen Liberalisierung. Bei alledem ließ sich vor allem Bahr von dem Gedanken leiten, dass Veränderungen nicht gegen das DDR-Regime, sondern nur mit ihm zu erreichen waren, weil die Gefahr revolutionärer Unruhen, die nur ein sowjetisches Eingreifen heraufbeschwören und einen Rückschlag bringen würden wie am 17. Juni 1953, unter allen Umständen vermieden werden musste. Beinahe prophetisch nahm Egon Bahr übrigens in seiner Tutzinger Rede spätere Einwände gegen seinen politischen Ansatz vorweg, der ja auf Stabilität der Partner in Ost wie West zielte: „Man könnte sagen", räumte er ein, „das Regime würde dadurch gestützt, aber ich habe zu entwickeln versucht, dass es keinen praktikablen Weg zum Sturz des Regimes gibt."

Ich greife damit vor, denn der Bahrschen Ostpolitik wurde – nicht ganz zu Unrecht, wie ich meine – dann in den achtziger Jahren der Vorwurf gemacht, sie habe kein Verständnis für die Solidarność-Bewegung[19] gehabt, sondern – allein den Interessen der europäischen Stabilität verpflichtet – ganz auf das Warschauer Regime des Generals Jaruzelski[20] gesetzt. Opposition gegen dieses Konzept gab es allerdings auch schon zeitnah zur Tutzinger Rede Bahrs von führenden Sozialdemokraten. Kein geringerer als Herbert Wehner[21], der ja deftige Formeln liebte, sprach von *Bahrer Unsinn*. Übrigens: Solche Kritiker richteten ihr Feuer auf Egon Bahr, obschon alle wussten, dass dieser nichts sagte, was nicht mit Brandt zuvor abgesprochen war.

Egon Bahrs Konzept vom Wandel durch Annäherung war durch und durch national gedacht. In seinen Erinnerungen nennt Bahr das Ziel dieser Politik ausdrücklich „die Beseitigung der DDR". Im Grunde zielte die von ihm konzipierte Politik auf eine „Umarmung" hinaus, in der die Bundesrepublik den ostdeutschen Staat langsam, aber sicher ersticken konnte. Die erste Reaktion aus Ost-Berlin zeigte denn auch, wie klar die SED diese Absicht durchschaute: „Aggression auf Filzlatschen" nannte DDR-Außenminister Winzer in einer ersten offiziellen Stellungnahme Bahrs neuen Politikansatz. Dass einige Sozialdemokraten nach Anbruch der Ära Kohl im Jahre 1982 ihre „zweite Phase der Ostpolitik" dann als eine Art „Nebenaußenpolitik" und Überholmanöver von links betrieben und den ostdeutschen Partner in der Umarmung am Ende eher lieb gewannen, ihn eher zärtlich streicheln als erdrücken wollten, steht auf einem anderen Blatt.

Die Barriere der Bonner Nichtanerkennungspolitik verhinderte bis weit in die 60er Jahre eine wirklich flexible Politik gegenüber dem Osten. Dies galt auch für die Große Koalition ab 1966. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger[22] legte seinen Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt „an die Kette" und ließ bestenfalls eine halbherzige Öffnung nach Osten zu. Da wurde einerseits die Bereitschaft erklärt, volle diplomatische Beziehungen zu allen Ländern

19 Solidarność (Solidarität) ist der Name einer polnischen Gewerkschaft, die 1980 aus einer Streikbewegung heraus entstand und an der politischen Wende in Mittelosteuropa 1989 entscheidend mitwirkte. Gründungsvorsitzender war der spätere polnische Staatspräsident Lech Wałęsa.

20 Wojciech Jaruzelski (geb. 1923), polnischer General und Politiker, 1981-1985 Ministerpräsident, 1981-1983, in der Zeit Kriegsrechts, Vorsitzender des Militärrates der VR Polen, 1985-1989 Vorsitzender des Staatsrats, 1989-1990 Staatspräsident.

21 Herbert Wehner (1906-1990), 1949-1966 Vorsitzender des gesamtdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages, 1949-1983 MdB (SPD), 1958-1973 stellv. Bundesvorsitzender der SPD, 1966-1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1969-1983 Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD.

22 Kurt Georg Kiesinger (1904-1988), 1949-1959 und 1969-1980 MdB (CDU), 1958-1966 Ministerpräsident Baden-Württemberg, 1960-1966 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1962-1963 Präsident des Bundesrates, 1966-1969 Bundeskanzler, 1967-1971 Bundesvorsitzender der CDU.

des Ostblocks aufzunehmen, ohne jedoch von dem Anspruch abzurücken, allein die Bundesregierung könne als legitimer Vertreter für das gesamte deutsche Volk sprechen. Zwar nahm Kiesinger fortan Briefe des Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, entgegen, er wies sie also nicht mehr, wie seine Amtsvorgänger, einfach ungeöffnet zurück. Ja, er las sie und beantwortete sie sogar persönlich – aber in seiner Antwort vermied er krampfhaft die drei Buchstaben DDR in der Briefanschrift. Der andere Teil Deutschlands war für Kiesinger weiterhin kein Staat, sondern bestenfalls ein *Gebilde* oder ein *Phänomen,* wie er es nannte, das er natürlich nicht anerkennen würde.

Die Barriere für eine Politik des Wandels durch Annäherung fiel erst mit Bildung der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel[23] im Oktober 1969. Und die Grundzüge dieser neuen Politik wurden schon in Brandts erster Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 deutlich: Er vermied darin das Wort Wiedervereinigung, schon aus Wahrhaftigkeit, wie er später schrieb. Wenn Willy Brandt erklärte, dass *zwei Staaten in Deutschland existieren,* die für einander nicht Ausland sein können, gab der frisch gewählte Bundeskanzler nicht nur zu erkennen, in welchem Punkt er dem Osten entgegenkommen wollte, sondern auch, wo der neuen ostpolitischen Flexibilität Grenzen gezogen waren. Ost-Berlin verlangte ja die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die für Bonn also ein Staat wie jeder andere sein sollte. *Das* wiederum wollte die neue Regierung in Bonn nicht zugestehen. Sie bestand darauf, dass zwischen den beiden Staaten in Deutschland ein besonderes Verhältnis existierte – deshalb entsandte Bonn dann später formell auch keinen Botschafter nach Ost-Berlin, sondern einen Ständigen Vertreter, der nicht dem Auswärtigen Amt, sondern dem Kanzleramt zugeordnet war.

Willy Brandt wollte mit seiner Politik als Bundeskanzler alles tun, was unter den gegebenen Umständen, möglich war, um die Einheit der Nation zu wahren, indem er das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands aus

23 Walter Scheel (geb. 1919), 1946 Eintritt in die FDP, 1953-1974 MdB (FDP), 1961-1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1967-1969 Vizepräsident des Bundestags, 1968-1974 FDP-Parteivorsitzender, 1969-1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler, 1974-1979 Bundespräsident. Walter Scheel war von 1995 bis 2000 erster Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

seiner *Verkrampfung* löste. Dass dabei für die Menschen etwas Sichtbares und Fühlbares herauskommen musste, war für ihn selbstverständlich. Aber er kalkulierte dabei sehr genau, dass das Bewusstsein, einer gemeinsamen Nation anzugehören, lebendig blieb, ja gestärkt würde, wenn die Deutschen aus Ost und West wieder zueinander kommen könnten.

Ich will hier nicht das Entstehen und den Inhalt der drei wichtigen Ostverträge behandeln. Wichtig in diesem Zusammenhang ist nur: Die deutsche Frage blieb offen, die sozial-liberale Bundesregierung hielt an ihrem Ziel, im Rahmen einer Politik des langen Atems eines Tages die Einheit zu erreichen, fest. Nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im August 1970 überreichte Außenminister Scheel der sowjetischen Regierung den „Brief zur deutschen Einheit", der klarstellte, dass dieser Vertrag eben nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesregierung stand, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Und zweitens geschah dies im Vertrag selbst, in dem nur die *Unverletzlichkeit* der Grenzen, nicht aber, wie von den Sowjets ursprünglich angestrebt, ihre *Unveränderlichkeit* festgeschrieben wurde. Das war zwar nur ein kleiner Unterschied, aber ein sehr feiner, wie aus den Memoiren des letzten Botschafters der UdSSR in Bonn ersichtlich ist. Dort schildert Juli Kwizinski die Jubelstimmung, die in Moskau nach dem Abschluss des Vertrages mit Bonn geherrscht habe, weil Moskau Bonn nichts gegeben, dafür aber von der Bundesregierung die endgültige Festschreibung der europäischen Nachkriegsgrenzen erhalten habe – einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik, entlang der Elbe und Werra. Dabei wurde, so Kwizinski mit dem analytischen Blick eines Diplomaten, völlig übersehen, dass die Formel von der *Unverletzlichkeit der Grenzen* im Moskauer Vertragstext den Weg für das Abkommen von Helsinki im Jahre 1975 vorzeichnete, das *einvernehmliche* Grenzveränderungen – eben auch die Liquidation der Grenze quer durch Deutschland – erlauben sollte.

Nicht anders ging die Bundesregierung beim Grundlagenvertrag mit der DDR vor, der 1972 geschlossen wurde: Auch hier übergab sie einen Brief zur deutschen Einheit mit Formulierungen, die denen des Briefes an Moskau glichen. Der Brief wurde von der DDR-Regierung widerspruchslos entgegengenommen und als zum Vertragswerk gehörig akzeptiert. Doch schon die Präambel des Grundlagenvertrages stellte fest, dass die beiden deutschen Staaten diesen Vertrag schließen – „unbeschadet der unterschiedlichen Auf-

fassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage". Da tauchte sie wieder auf, die so nützliche salvatorische Klausel des Pastors Heinrich Albertz, die einst am Anfang der ersten kleinen Schritte gegenüber dem Osten gestanden hatte. Juristisch war es Willy Brandt und Egon Bahr mit den Ostverträgen gelungen, die deutsche Frage trotz Anerkennung des Status quo offen zu halten – und ohne diesen juristischen Erfolg wäre die deutsche Einigung 1989/90 sehr viel schwieriger verlaufen.

Dass die Politik des Wandels durch Annäherung, diese Politik des langen Atems, tatsächlich zu einer langsamen Öffnung, ja zu einer schrittweisen, wenn auch oft sehr zögerlich verlaufenden Liberalisierung eines zuvor hermetisch verschlossenen diktatorischen Systems führte, habe ich in der DDR selbst erleben können. Ich berichtete von Mitte 1982 bis Mitte 1987 als ARD-Fernsehkorrespondent aus dem „ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden", als der sich die DDR nach ihrem Selbstverständnis gern sah. Ich schilderte den grauen Alltag im „real existierenden Sozialismus" – einen Alltag mit seiner allgegenwärtigen und alles durchdringenden Bevormundung des Einzelnen durch die herrschende marxistisch-leninistische Kaderpartei, die SED. Sie schrieb vor, wer eine höhere Schule besuchen durfte und wer nicht, wer zum Studium zugelassen wurde, oft genug auch, wer welchen Beruf zu ergreifen hatte. Ich wurde auch Zeuge dieses zähen, ermüdenden, ja oft quälenden Handels, der nach dem Grundlagenvertrag anhob und der nach dem Prinzip funktionierte: Westliche Finanzhilfe oder Kredite für die DDR gegen menschliche Erleichterungen. Die Bundesrepublik finanzierte beispielsweise ein Stück ostdeutsche Autobahn, dafür senkte die DDR ihre Kopfpauschale – jenen Mindestumtausch, die sie von Westbürgern bei der Einreise erhob, um möglichst viele vom Besuch ihrer Verwandten oder Freunde abzuschrecken. Das war *praktizierter* Wandel durch Annäherung, führte er doch wenigstens für Rentner zur Reisefreiheit – mit dem Erfolg, dass viele junge DDR-Bürger an einer Art „Frühalterungssyndrom" litten: Sie wollten möglichst bald das Rentenalter erreichen, um so endlich die „verbotene Welt" des Westens sehen zu können. Der Handel mit Krediten gegen humanitäre Erleichterungen spielte auch bei dem Milliardenkredit eine Rolle, den Franz Josef Strauß[24] 1983 an Ost-Berlin vermittelte. Er erreichte damit u. a. den Abbau der Selbstschuss-Anlagen entlang der DDR-Grenze zur Bundesrepublik.

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts ebnete schließlich den

Weg zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – zur Zeit von Kanzler Helmut Schmidt. Der Helsinki-Prozess setzte *multilateral* fort, was Brandt *bilateral* begonnen hatte, urteilt der Publizist Peter Bender. Mit Blick auf die Helsinki-Schlussakte vom August 1975 sind in unserem Zusammenhang vor allem zwei Positionen wichtig: Da wurde, wie bereits erwähnt, zum einen die Möglichkeit einer friedlichen Vereinbarung zu Grenzveränderungen festgeschrieben – was später für die deutsche Einheit wichtig wurde; und im sogenannten Korb III waren praktische Erleichterungen für die Bürger der Teilnehmerstaaten sowie ein freier Informationsaustausch vorgesehen. Das waren alles Absichtserklärungen. Sie waren nicht rechtsverbindlich – aber die Regierungen der Ostblockstaaten hatten sie nun einmal unterschrieben. Die Menschen- und Bürgerrechtler im Osten, auch in der DDR, erhielten mit dieser Schlussakte einen Text, auf den sie sich künftig berufen konnten, und bald bildeten sich in vielen Ostblock-Ländern „Helsinki-Komitees", die konkrete bürgerrechtliche Forderungen an ihre Regierungen stellten. Unter Berufung auf Helsinki forderten die sogenannten Dissidenten in den folgenden Jahren die diktatorischen Parteiherrschaften immer wieder heraus. Ein berühmtes Beispiel war Andrej Sacharow[25] in der damaligen Sowjetunion.

Die neue Ostpolitik Willy Brandts hat nicht zuletzt auch das Viermächteabkommen über Berlin möglich gemacht, mit dem die Stadt, nach den Worten des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, nach Jahrzehnten endlich aus dem Kreis der internationalen Krisenherde verschwand. Erstmals garantierten die Sowjets einen ungestörten zivilen deutschen Verkehr von und nach Berlin, der die Nabelschnur der Stadt nach Westdeutschland darstellte. Im Gegenzug musste die Bundesrepublik künftig auf demonstrative Akte in

---

24 Franz Josef Strauß (1915-1988), 1945 Mitbegründer der CSU, 1949-1978 und 1987 MdB (CSU), 1949-1953 und 1963-1966 stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1951-1961 stellv., 1961-1988 CSU-Vorsitzender, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955-1956 Bundesminister für Atomfragen, 1956-1962 Bundesminister der Verteidigung, 1966-1969 Bundesminister der Finanzen, 1978-1988 bayerischer Ministerpräsident, 1980 CDU/CSU-Kanzlerkandidat.

25 Andrej Sacharow (1921-1989), sowjetischer Atomphysiker und Bürgerrechtler, 1970 Gründer des Komitees für die Verwirklichung der Bürgerrechte in der UdSSR, 1975 Friedensnobelpreis, 1980-1986 Verbannung nach Sibirien, ab April 1989 Abgeordneter im Kongress der Volksdeputierten.

West-Berlin verzichten, worunter die Wahl des Bundespräsidenten fiel (zuletzt 1969), für die sich gerade Willy Brandt als Regierender Bürgermeister immer stark gemacht hatte. Aber die immer wiederkehrenden Berlin-Krisen gehörten nun der Vergangenheit an.

Übrigens wurde der *nationale* Ansatz der neuen Ostpolitik unlängst von Helmut Schmidt in einem *Spiegel*-Interview betont. Dort erklärte er: „Es ging um die Erhaltung der Substanz der Nation, um das Nation-Bewusstsein. Allerdings wussten auch Brandt, Bahr und Scheel, dass diese Politik nur mit dem militärischen Rückhalt durch die amerikanischen Bündnisführer möglich war. Einige deutsche Schwärmer und Ideologen haben unsere vernunftgeleitete Ostpolitik aufgeblasen zu einer aus Friedenssehnsucht genährten Politik. Es war klar, dass es nicht weiter gegangen wäre, wenn etwa die Amerikaner nein gesagt hätten." Helmut Schmidt nennt die Ostpolitik erfolgreich, weil sie die Gefahr einer deutsch-deutschen Konfrontation begrenzte – und weil sie zwar nicht alle Kräfte in der sowjetischen Führung, wohl aber Leonid Breschnew von der friedlichen Gesinnung der Bundesregierung überzeugte.

Für die besonderen Beziehungen zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew steht der Jalta-Besuch des Bundeskanzlers im Juli 1973. Kein Zweifel, die Chemie zwischen den beiden Staatsmännern stimmte. Der Faktor des Persönlichen in der internationalen Politik wird gerne unterschätzt – aber gerade wenn die zwischenstaatlichen Beziehungen heikel sind, ist dieser Faktor besonders wichtig. Beide Staatsmänner liebten „Wein, Weib und Gesang", beide waren keine aufbrausenden Typen, beide erzählten gerne Witze, und beide lachten gern. Die beiden gingen zusammen schwimmen, es war eine Begegnung, wie es sie zwischen einem sowjetischen Generalsekretär und einem westlichen Regierungschef bisher nicht gegeben hatte. Und es war Brandts beharrliches, sachliches Engagement für Abrüstung, Entspannung und Frieden, das den Generalsekretär der KPdSU überzeugte. Der Sowjetmensch schien überrascht, dass dieser deutsche Sozialdemokrat nicht jeden Morgen zum Frühstück einen leibhaftigen Kommunisten verspeiste! Auch gewann er Geschmack daran, mit einem Mann des Westens Informationen zu tauschen, der die Mächtigen der anderen Seite kannte und ihre politischen Vorstellungen begründen sowie ihre Eigenheiten erläutern konnte.

So wurde Willy Brandt für einige Zeit zum führenden Breschnew-Experten im westlichen Lager, den selbst US-Präsident Richard Nixon zurate zog. Zugleich begann der „oberste Kommunist", wie Egon Bahr in seinen Memoiren

schreibt, für den „obersten deutschen Sozialdemokraten" persönliche Gefühle zu entwickeln. Und Breschnews positive Empfindung für den deutschen Bundeskanzler entsprach weder dem, was er von seinen Genossen in Ost-Berlin gehört hatte, noch war es in Einklang zu bringen mit seinen eigenen Warnungen vor diesem „gefährlichen Brandt", die er früher selbst an seine Verbündeten gegeben hatte. Egon Bahr dazu: „Willy Brandt war kein Feind. Der Abbau von gegenseitigen Feindbildern war mit Händen zu greifen."

Und das eben war der wichtigste Erfolg der neuen Ostpolitik: der Abbau von *Feindbildern*, vor allem das des „revanchistischen Deutschland", das, mit den materiell so unerhört überlegenen USA im Bunde, eines Tages seine alten Grenzen militärisch zurückerobern wird. Von diesem Feindbild hat sich die sowjetische Führung dank der Brandtschen Ostpolitik gelöst, auch wenn es nach wie vor Hardliner geben sollte, die den Deutschen bis zum Schluss misstrauten. Ohne diese Vertrauensbildung wäre Michail Gorbatschow[26] wahrscheinlich nicht an die Spitze der kommunistischen Partei gelangt, und ohne Gorbatschow hätte es 1990 wohl keinen sowjetischen Verzicht auf den Eckpfeiler des Moskauer Imperiums, die DDR, gegeben. Das ist, wenn Sie so wollen, der positive Beitrag von Willy Brandts Ostpolitik zur deutschen Einheit. Seine Politik hat den Weg dafür geebnet.

Aber es wäre unwahrhaftig, die neue Ostpolitik allein für das Zustandekommen der deutschen Einheit verantwortlich zu machen. Mindestens genauso wichtig waren der NATO-Doppelbeschluss[27] von 1979, das Reagansche[28] Aufrüstungsprogramm seit den frühen 80er Jahren und sein „Krieg der Sterne"-Projekt, der Plan des amerikanischen Präsidenten, eine wirksame strategische

---

26 Michail Gorbatschow (geb. 1931), sowjetischer Politiker, 1971-1991 Mitglied des ZK, 1978 ZK-Sekretär, 1980-1981 Mitglied des Politbüros, 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, 1988-1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt), 1990-1991 Staatspräsident, 1990 Friedensnobelpreis.

27 Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 erfolgte in Reaktion auf die seit Jahren forcierte Aufstellung neuer sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 in Europa und bestand aus zwei Teilen: Er bot dem Warschauer Pakt Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung sowjetischer und US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen an. Für den Fall, dass die Verhandlungen zu keiner Einigung führen sollten, kündigte er zugleich die Aufstellung einer neuen Generation US-amerikanischer Raketen, der Pershing II und Marschflugkörper (Cruise Missiles), in Westeuropa an. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Genf wurden die Raketen ab Herbst 1983 aufgestellt.

Raketenabwehr im All aufzubauen. Gorbatschows Politik der Verständigung mit dem Westen erklärt sich ja auch aus der Einsicht Moskaus, dass die Sowjetunion auf die Dauer im technologischen Rüstungswettlauf mit den Amerikanern nicht mithalten konnte.

Mein Vortrag wäre damit am Ende angelangt. Aber ich möchte noch eine Schlussbemerkung machen. Es geht einmal mehr um den berühmtem Satz von Willy Brandt, die Wiedervereinigung sei die „Lebenslüge der alten Bundesrepublik" gewesen. Und zweitens geht es um die Haltung der SPD in der Zeit, als die deutsche Einheit plötzlich zum Greifen nahe war.

Zum ersten Punkt ist zu sagen: Richtig ist, dass Willy Brandt mit einer langen Phase der deutschen Teilung gerechnet hat. Und er stand mit dieser Einschätzung nicht allein! Wer konnte schon glauben, die UdSSR werde eines Tages auf die DDR verzichten? Brandt wollte mit seiner Ostpolitik dieser langen Phase der deutschen Zweistaatlichkeit das Trennende, das Schmerzende nehmen. Und dennoch hat er den Satz von der „Wiedervereinigung als Lebenslüge" gesagt. Egon Bahr hatte ihm diese Worte von der „Lebenslüge" in seine Rede hineingeschrieben. Aber Brandt verstand diese Worte keineswegs als eine *Absage* an das Streben nach der deutschen Einheit. Sie waren vielmehr ein vernichtendes Urteil über die jahrzehntelange, phrasenhafte Wiedervereinigungsrhetorik der Bundesrepublik, die im krassen Gegensatz zur politischen Praxis stand.

Ausgesprochen hatte Willy Brandt den Satz von der „Lebenslüge" erstmals im November 1984 in München in einer Rede mit dem Titel „Nachdenken über das eigene Land". Da sprach er von der „großen Illusion der deutschen Nachkriegsgeschichte" – und meinte damit die Behauptung Konrad Adenauers[29], mit seiner Politik der Westintegration der jungen Bundesrepublik rücke die Wiedervereinigung in greifbare Nähe. In Sonntagsreden, so Brandt, werde die „Lebenslüge der 50er Jahre" gerne noch gepflegt, an den restlichen

28 Ronald Reagan (1911-2004), amerikanischer Filmschauspieler und Politiker (Republikaner), 1967-1975 Gouverneur von Kalifornien, 1981-1989 Präsident der USA.

29 Konrad Adenauer (1876-1967), Mitbegründer der rheinländischen CDU, 1946-1950 Erster Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, 1950-1966 Vorsitzender der CDU, 1948-1949 Präsident des Parlamentarischen Rates (CDU), 1949-1963 Bundeskanzler, 1949-1967 MdB (CDU), 1951-1955 Bundesaußenminister.

sechs Wochentagen trage man den „westlichen Interessen der Bundesrepublik Rechnung". Seine Münchner Rede war ein Plädoyer, sich an die *Realitäten* zu halten: Beide deutschen Staaten sollten sich in Fragen der Sicherheitspolitik konsultieren oder Vereinbarungen zur Rüstungsbegrenzung treffen. Jeder Staat sollte sich in seinem Bündnis, in seinem Block für eine solche Politik einsetzen. Auch in seiner Münchner Rede betonte der Ehrenvorsitzende der SPD, dass das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen aufrechterhalten werden müsse – ganz im Sinne der Grassschen Formel von der *Kulturnation*. Und: Brandt äußert seine Überzeugung, der historische Prozess sei offen. Man brauche weder Hegel noch Marx gelesen zu haben, um die Vorstellung für unhistorisch zu halten, die Geschichte „ein für allemal festhalten und festschreiben zu können". Das war als eine direkte Absage an die Haltung der DDR-Führung zu werten.

Vier Jahre später, 1988, tauchte das Wort der „Lebenslüge" in Brandts „Berliner Lektion" erneut auf. Hier verstand er „Lebenslüge" im Ibsenschen Sinne – als fiktive Formel, die zur Rechtfertigung der eigenen Lebensführung dient. Und das bedeute: Eine Politik der immer festeren Verankerung der Bundesrepublik im Westen werde von den Verantwortlichen in Bonn mit dem feierlichen Hochhalten des Ziels der Wiedervereinigung verschleiert oder legitimiert, obschon die deutsche Einheit eben aufgrund dieser praktizierten Politik zwangsläufig in immer größere Ferne rücke. In seiner „Berliner Lektion" räumte Brandt zugleich mit der Vorstellung auf, die Wiedervereinigung sei mit der Wiederherstellung des Bismarckreiches gleichzusetzen. Eine deutsche Vereinigung konnte sich der Ehrenvorsitzende der SPD nicht anders vorstellen denn als *Neuvereinigung*, worunter er den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten innerhalb ihrer existierenden Grenzen verstand. Das unterschied sich fundamental von den damals vorherrschenden Vorstellungen der Heimatvertriebenenverbände und rechten Kreise in der Bundesrepublik, die von einem Deutschland in den den Grenzen von 1937 träumten.

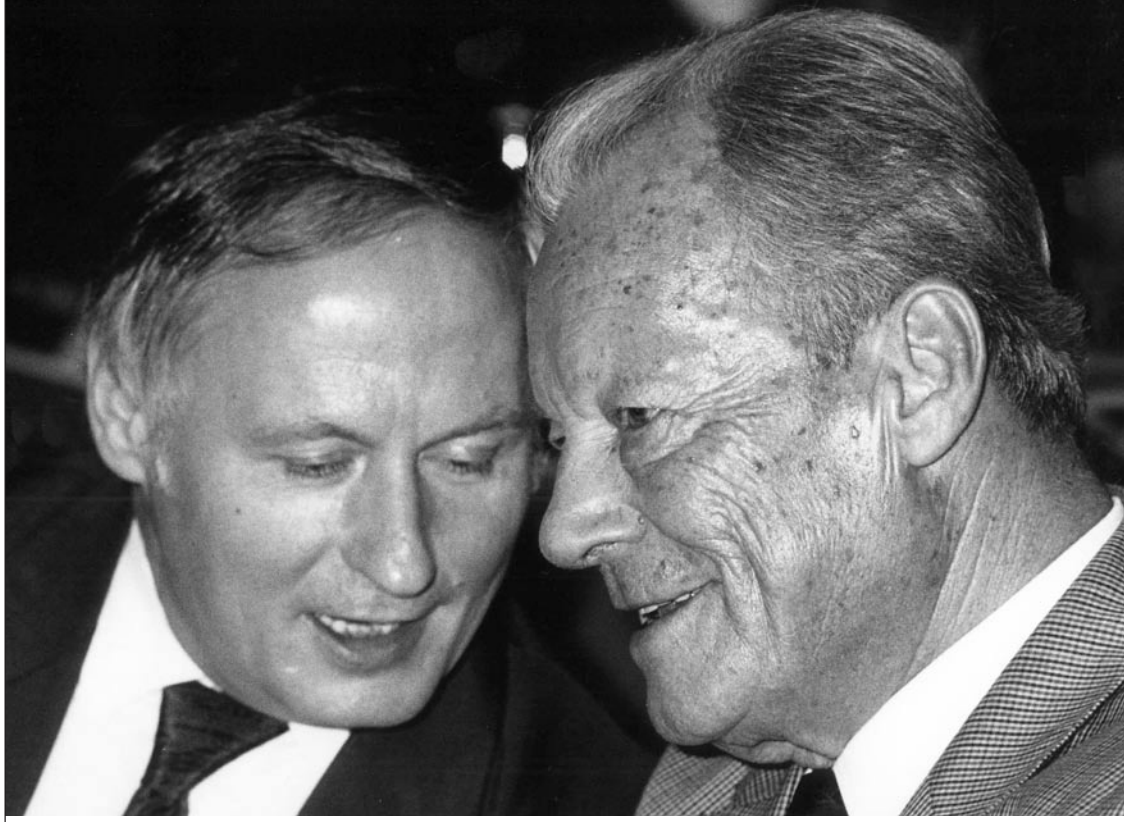
Zwei Jahre später, in einem Interview 1990, äußerte Willy Brandt: Hätte er vorher gewusst, wie man den Begriff „Lebenslüge" gegen ihn ins Feld führen würde, hätte er von vornherein klarer formuliert. Gemeint habe er, was er auch heute noch meine: *Es wird nichts wieder, wie es war.* Er sei für eine *Neuvereinigung* der beiden deutschen Staaten. Es gebe kein zurück mehr zum Deutschen Reich in seinen alten Grenzen.

Zu behaupten, Willy Brandt sei gegen die deutsche Einheit gewesen, ist da-

her eine Zumutung. Tatsache bleibt: Vom Recht auf freie Selbstbestimmung aller Deutschen ist Brandt *nie* abgerückt. Aber er ist mit dem Zeitgeist gegangen. Und er hat den damaligen Grundsatz westdeutscher Politik, dass eine deutsche Vereinigung nicht am *Anfang*, sondern erst am *Ende* einer europäischen Einigung stehen könne, akzeptiert. Diese Einigung schien in weite Ferne gerückt, weil niemand sich vorstellen konnte, dass Moskau die DDR eines Tages „opfern" würde. Als 1989/90 die deutsche Einheit dann wider Erwarten in greifbare Nähe rückte, war es für Brandt keine Frage: Die Stunde musste genutzt werden!

Anders sah das nach wie vor bei vielen jüngeren Genossen aus. Sie hatten die deutsche Spaltung praktisch schon verinnerlicht. Eine Vertreterin dieser „postnationalen Generation" war die schon genannte Linda Reisch. Selbst Egon Bahr, der „letzte „Nationale" seiner Partei, versuchte noch lange, wohl zu lange festzuhalten an dem Gedanken, dass Reformen in der DDR wichtig seien, dass der ostdeutsche Staat jedoch weiter existieren würde. Er blieb damit der alten Vorstellung treu, nach der Reformen, Liberalisierungen bzw. Veränderungen zum Positiven nur *mit* den östlichen Regimen zu erreichen waren.

Als dann der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 kam, glaubten viele Jüngere noch immer an die Fortdauer der Zweistaatlichkeit. Als im Berliner Abgeordnetenhaus am Tag darauf untertreibend von einer „Stunde des Wiedersehens" gesprochen wurde und der damalige Regierende Bürgermeister Walter Momper den Begriff vom „Volk der DDR" benutzte, zeigte sich Willy Brandt erbost. Ausgerechnet „seinen" Berliner Sozialdemokraten fehlte jeder Sinn für die Tragweite der historischen Ereignisse, meinte Brandt und zeigte sich enttäuscht über den Kleinmut und das Unvermögen, sich der Situation gewachsen zu zeigen. Und er beklagte sich überr die Geschichtsvergessenheit seiner jüngeren Genossen. Stets habe sich die SPD – unter Kurt Schumacher über Erich Ollenhauer sowie unter seiner Führung – für die Sache der Deutschen engagiert. Stets sei *die SPD* die Partei der deutschen Einheit gewesen. Brandt fragte nun in den entscheidenden Monaten des Jahres 1990: Warum versäumte es die Partei jetzt, auf ihr „Erstgeburtsrecht" in Sachen Selbstbestimmung und nationaler Einheit zu pochen? Der Vorsatz vieler Parteigenossen, unter allen Umständen an der deutschen Zweistaatlichkeit festzuhalten, wurde zum Graben zwischen ihm und den Jüngeren, die keine Beziehung zu einem deutschen Nationalstaat hatten und den Einigungsprozess eher als Belastung empfanden.



Willy Brandt und Oskar Lafontaine auf dem Berliner Bundesparteitag der SPD im Dezember 1989. Das Lächeln kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden Politikern längst getrübt hat.

Das galt vor allem für Oskar Lafontaine. Der SPD-Vorsitzende und saarländische Ministerpräsident postulierte nach dem Mauerfall, die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats dürfe kein Ziel einer SPD sein, die stets *internationalistisch* gedacht habe. Ende November 1989 forderte er, die Bürger der DDR, die zu Zehntausenden nach Westen drängten, nicht länger im Sinne des Grundgesetzes zu behandeln und ihnen auf Wunsch sofort einen Pass der Bundesrepublik auszustellen – er befürchtete, sie könnten die westdeutschen Sozialsysteme unterwandern und in den Bankrott treiben. Der Gegensatz zwischen Brandt und Lafontaine trat auf dem Berliner Parteitag der SPD Ende 1989 ganz deutlich zu Tage. Brandt engagierte sich für die deutsche Einheit und erklärte: „Nirgendwo steht geschrieben, dass die Deutschen auf einem Abstellgleis zu verharren hätten, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat." Lafontaine dagegegen beharrte auf der

Beim Rundgang durch die ständige Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck. V.l.n.R.: MinDir a. D. Karsten Brenner (Vorstandsvorsitzender), Dr. Wolfram Hoppenstedt (Geschäftsführer), Minister a. D. Gerd Walter (Vorsitzender des Freundeskreises des Willy-Brandt-Hauses), Tilo Braune (Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.), Peter Merseburger, Dr. Jürgen Lillteicher.

alten Formel, nach der eine deutsche Einheit bestenfalls *am Ende* der europäischen Einigung stehen könne und bestand auf der Fortexistenz der DDR. Die entscheidende Frage, ob die DDR-Bürger, wenn sie demnächst frei wählen konnten, überhaupt einen eigenen Staat beibehalten *wollten,* weigerte er sich zur Kenntnis zu nehmen. Stattdessen sprach sich Lafontaine für eine Politik aus, die auf das „konkrete Wohlergehen der Menschen" zielte, und er kündigte seine Unterstützung für den wirtschaftlichen Aufbau und die demokratische Erneuerung der DDR an. Sein Politikansatz, behauptete Lafontaine, stehe dabei in Einklang mit dem tranditionellen Internationalismus der Arbeiterbewegung.

Seine Lektion im Internationalismus hatte Lafontaine allerdings schlecht gelernt. Internationalismus bedeutet *inter nationes,* er setzt also die Existenz von Nationen voraus. Sie existieren gleichberechtigt nebeneinander, arbeiten jedoch, so die Idee, zusammen. Im Sinne des Internationalismus zu handeln, heißt nicht, die Interessen der eigenen Nation zu vernachlässigen, es bedeutet nur, nicht die eigene Nation über die anderen stellen.

Lafontaine bezieht sich bis heute gerne auf Willy Brandt. Einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, den Lafontaine fordert, hat Brandt jedoch vehement abgelehnt. Der frühere Bundeskanzler war alles andere als ein Neutralist, und seine Ostpolitik hat er nie als Alternative zur Westpolitik Adenauers betrachtet, sondern als die nötige und zeitgemäße *Ergänzung*. Den Austritt aus der NATO hat Brandt schon deshalb strikt abgelehnt, weil er den Beginn eines neuen „deutschen Sonderwegs" fürchtete.

Auf Willy Brandt kann sich Lafontaine auch nicht berufen, wenn er eine Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Missionen ablehnt. Willy Brandt wusste sich seit seiner Jugend der Idee der kollektiven Verteidigung verpflichtet. Das stärker und souverän gewordene vereinigte Deutschland hatte sich nach Brandts Vorstellung seiner *internationalen Verantwortung* zu stellen. Er ging dabei nicht einmal davon aus, dass immer ein Mandat des UN-Sicherheitsrats erforderlich sei, sondern dachte auch an mögliche Interventionen einer Streitmacht der Europäischen Union. Willy Brandt hätte gegen die Vorstellung, die Europäer gehen auf ihrem eigenen Kontinent mit Truppen – einschließlich der Bundeswehr – gegen einen drohenden Genozid vor, gewiss nichts einzuwenden gehabt. Als die SPD-Bundestagsfraktion 1992 die Entsendung eines deutschen Zerstörers in die Adria ablehnte, der als Teil eines Flottenverbandes der NATO und der Westeuropäischen Union das Embargo der UN gegen Serbien überwachen sollte, stieß dies bei ihm auf Unverständnis.

Als sich gut sechs Jahre nach Willy Brandts Tod, 1999, die Sozialdemokraten mit der Regierung Gerhard Schröder am Kosovokrieg[30] beteiligten und damit internationale Verantwortung in letzter Konsequenz übernahmen, entsprach dies der Linie, die Willy Brandt vor seinem Tod schon lange vorgezeichnet hatte.

---

30 Der Kosovokrieg von 1999 war ein Krieg zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo", einer albanischen paramilitärischen Organisation), die im Verlauf durch einige NATO-Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Italien, Niederlande, Belgien, Kanada, Portugal und Spanien) unterstützt wurde. Aus Sicht der NATO ging es dabei um die Bekämpfung von erheblichen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo durch die serbischen Behörden. Serbien bestritt solche Verletzungen und beklagte sezessionistische Tendenzen bei großen Teilen der albanischen Bevölkerung des Kosovo, die mit terroristischen Mitteln umgesetzt werden sollten und daher bekämpft werden mussten. Im Ergebnis des Krieges wurde, basierend auf der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, eine UN-Verwaltung in der Provinz eingerichtet, gleichzeitig aber auch die Zugehörigkeit des Gebietes zur Bundesrepublik Jugoslawien bestätigt. Am 17. Februar 2008 hat sich der Kosovo schließlich zu einem unabhängigen Staat erklärt.

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12 **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13 **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14 **Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15 **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16 **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17 **Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18 **Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19 **Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Reihe soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006,
ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt,
ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint als letzter Band im Oktober 2009)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2007, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**
Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Neue Architekturführer Nr. 118, Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9 (auch in Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert
Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter *www.willy-brandt.de* verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992“ im Rathaus Schöneberg ist Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das „Willy-Brandt-Haus Lübeck“ als Außenstelle der BWBS mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung eröffnet.

Näheres unter *www.willy-brandt-luebeck.de*.

BILDNACHWEIS

© Tim Jelonek: Cover, S. 34
Bundesbildstelle (Jens Gathmann): S. 8
AdsD: S. 33

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Merseburger, Peter: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2009
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 19)
ISBN 978-3-933090-18-0